



1914–2014: Österreichs Außenpolitik auf altösterreichischen Spuren – Minister Kurz setzt mutige Schritte – „Kernkreise“ streben Reformen an

Wohin steuert die Volkspartei? Zeitzeichen im Gedenkjahr 2014

Das Gedenkjahr 2014 wurde auch zum Bedenkjahr für Volkspartei und Sozialdemokraten. Die alten Gespenster des Nationalismus poltern wieder quer durch Europa - auch in Österreich bieten sie laut ihre Parolen an. Hundert Jahre Zeitgeschichte 1914-2014 zwingt zum Nachdenken. Haben die Völker aus der Geschichte gelernt? Wohin führen die Wege in die Zukunft, die schon begonnen hat. Ein neues Zeitalter ist angebrochen. Einige Zeitzeichen markieren den Umbruch. Der 28. Juni ist ein denkwürdiger Tag. Vor hundert Jahren 1914 erfolgte in Sarajewo das Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand. Es öffnete die Abgründe des 20. Jahrhunderts zu Krieg, Massen- und Völkermord- zu Holocaust und Golgatha der deutschen altösterreichischen Volksgruppen der Donaumonarchie. Den „Vergessenen“ deutschen Volksgruppen zwischen Galizien und Salurn, ihr Leidensweg und dramatisches Schicksal in den Nachfolgestaaten, denen sie unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes einverleibt wurden, gilt unser Gedenken.

1989 Ein Foto veränderte die Welt.

Das Bild gilt vor allem in Österreich als Symbol für das Ende des Kalten Krieges wie kaum ein anderes: Vor 25 Jahren, am 27. Juni 1989, schnitten Außenminister Alois Mock (ÖVP) und



sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn gemeinsam den Eisernen Vorhang durch. Es war ein reiner Showtermin.

WALTER RAMING

Zu dem Zeitpunkt gab es zwischen Österreich und Ungarn schon rund zwei Monate lang keinen Stacheldraht mehr.

2014: Erbe und Auftrag des Alois Mock

Alois Mock wurde im Juni 2014 an seinem 80. Geburtstag geehrt. Sein langjähriger Mitarbeiter und Pressesprecher Herbert Vytiska - den ich Mock aus meinem

Mitarbeiterkreis empfohlen hatte, würdigte den schwerkranken ÖVP-Ehrenobmann in einem Gastkommentar in der Presse (27. Juni 2014) in dem es abschließend heißt:

„Als ich nach Euratsfeld (Geburtsort von Alois Mock) zum Festakt fuhr, erinnerte ich mich eines Alois Mock, der hurtig aus dem Auto sprang und nicht wartete bis ihm die Wagentür geöffnet wurde, der sich Zeit nahm, um mit den Menschen zu sprechen, die ihm ihre Probleme und politischen Anliegen schildern wollten; der am Rednerpult stand und seine Vorstellungen von einem neuen Anfang in der Politik unter Federführung seiner Partei darlegte. Es ist dieses Bild, das meiner Meinung nach bewahrt bleiben sollte.“

Womit Herbert Vytiska Recht hat.

Das ist Erbe und Auftrag des Ehrenobmannes Alois Mock an seine Partei. Man könnte sich ja an den eigenen Programmen und Zielsetzungen orientieren



Mock – Eiserner Vorhang

wie sie auch schon Alois Mock, Karl Lugmayer, Karl Kummer, Josef Riegler u.a.m. entwickelt hatten.

Auch Mock fand seine Grenzen an den Interessengruppen in

seiner Partei. So misslang ihm ein Bündnis mit der FPÖ des damals noch nicht zum Kärntner Landeshauptmann arrivierten Jörg Haider.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aus dem Inhalt:

Gedenkjahr 2014:	
Volkspartei wohin?	Seite 2/4/5/6
Der Bundespräses	Seite 3
Charlys Tagebuch	Seite 4
Sport	Seite 6
Rb-intern	Seite 7

(Fortsetzung von Seite 1)



Alois Mock

Auch Mock scheiterte – wie schon zuvor Josef Taus – an den Interessenstrukturen seiner Partei. Das scheint, wie es sich auch um Spindelegger zu entwickeln droht, ein unabänderliches Schicksal eines ÖVP-Parteiohannes zu sein.

Der vom Reichsbund gestiftete **Dr. Alois Mock – EUROPARING** wurde an eine Reihe europäischer Persönlichkeiten verliehen:



Europaring

- 1995
Dr. Alois Mock
- 1996
Dr. Silvius Magnago
- 1997
Peter Quendler
- 1998
Prof. Dr. Wladislaw Bartoszewski
- 1999
Dr. Franz Fischler
- 2000
Prof. Dr. Alojz Peterle
- 2001
Dipl. Vw. Dr. Ludwig Steiner
- 2002
Erzbisch. Mag. Jan Graubner
- 2003
Komm. Rat Dr. Klaus Liebscher
- 2004
Univ. Prof. Dr. Stefan Karner
- 2005
LR Doraja Eberle
- 2006
Prof. Dr. Jiri Gusa
- 2007
BM Liese Prokop
- LH Dr. Erwin Pröll

Am 10. Juni 2014 hat die ÖVP zur Geburtstagsfeier für Dr. Alois Mock eingeladen. Der Bundesobmann und das Bundespräsidium des Reichsbundes stellen mit Befremden fest, dass der Reichsbund dazu nicht eingeladen wurde.

R.T.

2014: Österreich Neues Profil in der Außenpolitik

Außenminister Sebastian Kurz ist es gelungen unsere Außenpolitik in Aufbruchstimmung zu bringen. Sein größter außenpolitischer Erfolg sind seine Initiativen in der Balkan-Levantepolitik. Er machte Wien wieder zu einem Ort der Begegnung und beginnt Österreichs Interessen und Zielsetzungen zwischen Ukraine und Bozen klar zu definieren. Unter Einbindung Russlands und der Ukraine fand im Wiener Palais Coburg ein Europaratgipfel statt, bei dem die Außenminister dieser beiden Länder teilnahmen. Kurz – übrigens donauschwäbischer Herkunft – orientiert sich offensichtlich an den einstiegen alt-österreichischen Einflussgebieten in denen u.a. auch Galizien, die Ukraine noch zu Österreich-Ungarn gehörten.



Sebastian Kurz

Kurz versteht es fernab blumiger Schlagworte von einem „Österreich als Brückenbauer“ eine handfeste und mutige Realpolitik österreichischer Interessen als neutraler Staat auch im Rahmen der Europäischen Union zu definieren. So gelang es auch für Albanien den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Österreich erwartet sich davon sicherheitspolitische und wirtschaftliche Profite. Eine kluge Politik, die man aber auch erst „vermarkten“ muss. Mut hat er jedenfalls. Das imponierte sogar

Putin und den türkischen „Sultan“ Erdogan.

Rückenwind durch Bürgerinitiative

Eine eher ermattete Österreichische Volkspartei erhält Rückenwind durch die Bürgerinitiative „Nova Europa“, einer Einrichtung in der, um die Zukunft besorgte Persönlichkeiten aus dem Kernkreis der Volkspartei, eine dynamische Plattform gefunden haben. Das gibt Hoffnung. So konnte ich einer Mitteilung entnehmen:

Nova EUropa-Präsidium mit Doppelspitze: Univ.-Prof. Heinrich Neisser und Vizekanzler a.D. Josef Riegler

Mit dem ehemaligen Vizekanzler Josef Riegler und dem früheren zweiten Präsidenten des Nationalrats Heinrich Neisser wählte Nova EUropa eine Doppelspitze für die nächsten beiden Arbeitsjahre. Die beiden Präsidenten stehen dem Präsidium vor, welches als Gremium von older Statesmen als Weisenrat der Bewegung dient.



Josef Riegler

Das Präsidium diskutierte aktuelle europäische Fragestellungen und es herrschte Konsens, dass die Arbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa eine der größten Herausforderungen Europas darstellt. „Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit mit Raten bis zu 60 % in Griechenland oder Spanien stellt ein massives Problem dar, auch für die Stabilität der Gesellschaft“, so Josef Riegler. „Andererseits verfällt die Infrastruktur selbst in reichen Staaten wie Deutschland – man wird Lösungen für die Finanzierung von notwendigen Investitionen und einer aktiven Industriean siedlungspolitik in Südeuropa finden müssen.“. Diskutiert wurde auch die Notwendigkeit, in Europa unabhängiger von Gas- und Ölimporten zu werden und auch die Flüchtlingsströme waren Thema. „Europa braucht eine



Heinrich Neisser

transparente und abgestimmte Politik aus einem Guss“, so Heinrich Neisser, „und da muss es zu allererst selbstverständlich sein, demokratische Wahlen anzuerkennen.“ „Nova EUropa begrüßt daher die Nominierung von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten“, so Heinrich Neisser.

Massive Kritik an der Regierung

Wenn ein führender Universitätsprofessor, der noch dazu Dekan der juristischen Fakultät der Universität Wien ist, die Gesellschafts- und Staatspolitik, massiv kritisiert, dann schrillen alle Alarmglocken. So geschehen in einem „Presse“-Interview. Wie sehr wir uns in Österreich von einer werterfüllten Gesellschafts- und Staatspolitik entfernt haben geht aus einer dramatischen Analyse des Dekan der juristischen Fakultät hervor. Er dokumentiert in einem Interview in der „Presse“.

Heinz Mayer: „In mir steigt der blanke Zorn auf“

Heinz Mayer, scheidender Jus-Dekan in Wien, ärgert sich über die Causa Hypo und „bejammert“ den Zustand der Regierungsparteien. Er kritisiert die Macht der Landespolitiker – und dass der Politik die Verfassung einfach „wurscht“ sei. Sie waren acht Jahre Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Ist es während dieser Zeit leichter oder schwerer geworden, als Jurist auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen?

Heinz Mayer: Wahrscheinlich schwerer, da der öffentliche Dienst zunehmend weniger aufnimmt als früher, weil die großen Anwaltskanzleien immer mehr auf Spitzenleute schauen. Diejenigen, die weniger Qualität von der Uni

(Fortsetzung auf Seite 4)

Liebe Bundesschwestern und -brüder!

Franz Welser Möst und den Wiener Philharmonikern ist zu dem großartigen Konzert in Sarajewo am hundertsten Jahrestag der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaars zu gratulieren und zu danken. Noch einmal erklang das Kaiserquartett von Joseph



BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

Haydn im wiedererstandenen Oktogon des ehemaligen Rathauses, das in der Monarchie erbaut worden war. Die „Unvollendete“ von Franz Schubert erinnerte daran, dass das Habsburgerreich trotz aller Bemühungen ein Torso blieb, Alban Bergs dumpfer Marsch erinnerte an die 17 Millionen Toten des 1. Weltkriegs, der Opernchor von Sarajewo sang eindrucksvoll zum Klang des weltberühmten Wiener Orchesters. Nachdem schon eingangs der Vorstand der Philharmoniker Clemens Hellsberg die Friedensbotschaft der Veranstaltung eindrucksvoll erläutert hatte, schloss das Konzert mit der Europahymne. Es klang wie ein Gebet, dass nie mehr solche Katastrophen wie der Erste und Zweite Weltkrieg, aber auch die Balkankriege nach dem Zerfall Jugoslawiens über Europa kommen mögen. Man sah es im Fernsehen den auf dem Platz lagernden Menschen an, dass auch sie von diesem für sie einmaligen Konzert bewegt waren.

Nur am Rande wurde allerdings erwähnt, dass zu der Veranstaltung sowohl ausländische Staatsgäste als auch Vertreter der Volksgruppen Bosniens und der Herzegowina gekommen waren, aller-

dings mit einer Ausnahme: Die Serben blieben fern; enthüllten zum gleichen Zeitpunkt ein Denkmal für Danilo Princip, der mit der Ermordung des österreichischen Kronprinzen und seiner Gattin das Ende der Habsburgermonarchie und das vier Jahre dauernde Gemetzel verursacht hatte. Unwillkürlich fiel mir da das Wort des Propheten Jeremia (6,14) ein: **Sie rufen Frieden, Frieden! Aber es gibt keinen Frieden.** Der Blick über die Grenzen Europas hinaus, insbesondere in den Nahen Osten, das Blutvergießen, das Flüchtlingselend, das Massengrab Mittelmeer, all dies kann einen nur mit Sorge erfüllen. Warum ist noch immer oder schon wieder religiöser Fanatismus die Wurzel des Hasses unter den Menschen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben christliche Politiker, der Franzose Robert Schuman, der Italiener Alcide De Gasperi und der Deutsche

unser Kontinent in seiner Geschichte noch nie erlebt hatte. Wird diese Entwicklung andauern? Was die nun mit Mühe abgewendete Wirtschaftskrise vielleicht ein warnendes Signal, dass wir wieder mehr Energie darauf verwenden sollten, den Frieden zu bewahren und weiterzuentwickeln? Dazu gehört auch die vermehrte Anstrengung, die bedenklich hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter der Jugend, einzudämmen. Während der EU-Wahl weilte ich in Frankreich, wo von den Jugendlichen nur mehr 17 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben.

Wir erleben in Österreich gegenwärtig eine Krise der traditionellen Parteien, nicht zuletzt der einst staatstragenden Österreichischen Volkspartei. In diesem Zusammenhang denke ich daran, dass sowohl die MRP (Mouvement Republicain Populaire) in Frankreich wie auch die DC (Democratia Christiana) in



Sarajewo

Konrad Adenauer, mit der Wirtschaftsgemeinschaft für Kohle und Stahl die Grundlagen für ein friedliches vereintes Europa gelegt, was schließlich zum Europarat und zur Europäischen Union geführt hat. Die Folge war eine Friedensperiode, wie sie

Italien nicht mehr bestehen. Nur in Deutschland konnten sich die Christdemokraten und die Bayrische CSU (Christlich-soziale Union) dank Angela Merkel als führende Kraft halten. Auch die Europa-Wahl hat den Christlich-Konservativen einen Er-

folg beschert. Der primitive Populismus am rechten Rand unserer Gesellschaft wie auch chaotische Bewegungen, aber auch die Abstinenz vom politischen Geschehen lassen für Europas Zukunft wenig Gutes erwarten. Die Ausdünnung der christlichen Substanz in den meisten Ländern Europas ist ein Alarmzeichen. Papst Franziskus weist in seiner Enzyklika sehr deutlich darauf hin, dass ein introvertiertes Christentum keine Zukunft hat: „Jede beliebige Gemeinschaft in der Kirche, die beansprucht, in ihrer Ruhe zu verharren, ohne sich kreativ darum zu kümmern und wirksam daran mitzuarbeiten, dass die Armen in Würde leben können und niemand ausgeschlossen wird, läuft in die Gefahr der Auflösung, auch wenn sie über soziale Themen spricht und die Regierungen kritisiert. Sie wird schließlich leicht in einer mit religiösen Übungen, unfruchtbaren Versammlungen und leeren Reden heuchlerisch verborgenen spirituellen Weltlichkeit untergehen“ (Nr. 207).

Europa wird es in der Welt von morgen schwer haben. Die Abwanderung vieler Industrien, der Aufschwung ehemaliger Entwicklungsländer, die rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen, der Rückgang der Kinderzahl in Europa, die Veränderungen im Weltklima, die Verschmutzung der Umwelt, all das sind Herausforderungen für heute und morgen. Nur wenn wir Christen mit anderen Gutgesinnten die Zeichen der Zeit erkennen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen, wird auch morgen Frieden sein.

Einen schönen, erholsamen Sommer wünscht allen Euer Bundespräsident.

Gerhard Schultes

Charlys Tagebuchnotizen

Bei einem Tagebuch soll man ja das Datum des Eintrages angeben. Ich schreibe also diese Notizen am Tag des Schulschlusses in Ostösterreich. Und was regt mich als Lehrer an den Zeitungen auf – es kommen immer die gleichen Themen. Die Ferien sind zu lang – wenn beide Eltern berufstätig sind oder jemand Alleinerzieher(in), dann gibt es Betreuungsprobleme. Lösung: Die Ferien müssen kürzer werden. Die Lehrer sind ohnehin nur faul. Ein zweites Problem geistert



MAG. FRANZ KARL

auch durch die Presse – die schulautonomen Tage. Die will man entweder ganz abschaffen oder aus der Autonomie nehmen (sind ja nur mehr 2 bis 3, nicht 5, weil 2 zentral geregelt werden). Meine Meinung: Eine Woche Ferien in den Herbst verschieben, wäre sinnvoll. Und alle sprechen von mehr Autonomie für die Schulen und eine der wenigen vorhandenen will man abschaffen.

Gerade hier lernen alle Schulpartner (Lehrer, Schüler, Eltern) aufeinander zuzugehen und da überall Zweidrittelmehrheit notwendig ist, auch Kompromisse zu schließen. Und die wird man bei Ausweitung der Autonomie dringend brauchen. Eines wenigstens habe ich noch nicht gesehen, was früher oft üblich war: Nämlich Nicht genügend mit Pressepreisen auszuzeichnen. Große Aufregung um Andreas Gabalier – er hat die „alte Form“ der Bundeshymne gesungen – ohne die Töchter. Und da die Bundeshymne ja per Gesetz festgelegt ist, hat er also eine Gesetzesverletzung begangen. Soll man Gabalier also anklagen und einsperren? Diese Genderung halte ich gerade noch aus – aber das Binnen-I ist für mich das letzte. Aber man ist ja rich-

tig eingeschüchtert, ich habe auch Alleinerzieher(in) geschrieben, wohl auch deswegen, weil hier die Frauen in der Mehrzahl sind. Also maßvolle Genderung ja, aber bitte keine Übertreibungen! Erdogan und Putin waren in Wien. Beide eigentlich nicht sehr erwünscht! Aber es ist auch wichtig, dass man miteinander im Gespräch bleibt. Außenminister Sebastian Kurz hat die richtigen Worte gefunden, bei Erdogan war er sehr kritisch (Wahlkampf im Ausland!), bei Putin – auch mit Rücksicht auf den Bundespräsidenten – recht diplomatisch. Den russischen Bären soll man nicht reizen, immer nur an die eigenen Öl- und Gasinteressen zu denken, ist aber auch nicht besonders edel. Es kam aber klar heraus, dass der Umgang mit der Ukraine nicht in Ordnung ist. Ein bisschen gestört haben



Andreas Gabalier

mich die relativ vielen Pro-Putin-Leserbriefe in der KRONE – aber auf diesen Leserbriefseiten stört mich vieles! Damit bin ich beim nächsten Thema: den Antiamerikanismus wegen TTIP auf den KRONE-Leserbriefseiten. Noch immer geistert der Wasserverkauf durch die Medien (wenn unsere Kommunen ihr Wasser nicht verkaufen, wer will sie zwingen – auch nicht die EU kann das). Und dann die furchtbaren Chlorhühner, das Klonfleisch und der genmanipulierte Mais – wenn das niemand kauft, dann kann uns gar nichts passieren. Aber Unterschriftensammlungen machen sich immer gut und steigern

eventuell sogar die Auflage. Dabei lese ich die KRONE ganz gerne – vor allem hat sie den besten Sport. Aber die Manipulation auf den Leserbriefseiten ist unerträglich – oder haben Sie schon einmal einen positiven EU-Leserbrief gelesen. Meine jedenfalls werden nie veröffentlicht. Und jetzt zum Thema Nummer 1: die Steuerreform. Im Koalitionspakt hatten sich SPÖ und ÖVP geeinigt, eine Steuerreform zu machen, aber nicht auf Pump. Die Koalition verlief recht harmonisch, aber dann kamen die Europawahlen. Und da zog der Freundstrick nicht so wie erwartet und Karas wurde Erster. Und jetzt lief die Walze „Millionärssteuer“ voll an. Man bedachte aber nicht, dass viele ein Einfamilienhaus, ein schönes Auto und ein paar Euro auf dem schlecht verzinsten Spargbuch (wofür sie

ohnehin schon Kest zahlen) haben. Also die Millionäre werden gar nicht so wenige sein. Und vor allem muss der Herr Bundeskanzler an seinen Parteitag denken, wo er natürlich gut abschneiden will. Den ÖGB hat er rasch auf seine Seite gebracht und so läuft die nächste Befragung an. Dabei wäre die Steuerreform ja wichtig, aber sie müsste durch Reformen – Vorschläge liegen ja genügend vor – finanziert werden. Zu einem muss man Spindeleger gratulieren – keine neuen Schulden, denn die alten sind schon viel zu hoch. Bitte nicht ärgern! Ihnen allen einen schönen Sommer! ■

(Fortsetzung von Seite 2)

mitnehmen, haben es schwieriger.

Wie beurteilen Sie heute die Konkurrenz durch die WU mit ihrer alternativen Juristenausbildung? Hat sie Ihnen geschadet?

Nein, sie ist eine Alternative, die von vielen gewählt wird. Wir erleben, dass sehr viele Bachelors von der WU zu uns kommen und bei uns fertig studieren wollen, weil sie keinen Zugang zum Masterstudium an der WU finden. Und unsere Studentenzahlen sind nicht zurückgegangen, son-



Heinz Mayer

dern im Gegenteil gestiegen. Da wird zum Teil ein anderes Publikum angesprochen.

Es wird wieder einmal über eine Verwaltungsreform gesprochen. Während Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer sagt, „in manche Bereiche der Verwaltung muss der Blitz einschlagen, damit etwas passiert“, will der Vorsitzende der Reformkommission, VwGH-Präsident Rudolf Thienel, Gesetz für Gesetz in kleinen Schritten vorgehen. Welcher Position neigen Sie zu?

Ich bin eher bei Pühringer. 2001 hat es die Aufgabenreformkommission gegeben, die von Professor Raschauer geleitet wurde. Von 200 Vorschlägen, die sie gemacht haben, ist fast nichts umgesetzt worden: Das Rattengesetz hat man aufgehoben. Da muss wirklich der Blitz einschlagen.

Was müsste wirklich passieren? *Es müsste die Republik einmal finanziell an die Wand fahren.*

Tut es das nicht ohnehin? *Man merkt es noch nicht. Oder manche glauben, sie würden es aussitzen*

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Blockiert mehr der Bund, blockieren die Länder?

Die politischen Parteien blockieren. Die Reformkommission unter Thienel ist ja ein Musterbeispiel. Was macht man? Eine Doppelspitze, zufällig rot-schwarz! Das zeigt ja, wie defensiv man ist. Man hat ja fürchterliche Angst, dass ein Schwarzer eine Idee hat, die von den Roten nicht goutiert werden kann und dann abgelehnt werden muss.

Was kann man als Bürger tun, wenn man mit diesem System unzufrieden ist?

Wenn ich das wüsste! In mir steigt der blanke Zorn auf, wenn ich denke: Die Hypo kostet den Steuerzahler so viel, wie die Uni Wien vom Bund in 30 Jahren kriegt. Wir haben fast 10.000 Mitarbeiter, über 90.000 Studenten: Das muss man sich einmal vorstellen! Und der Umgang mit dem Ganzen ist so verheerend. Die, die heute am Ruder sind, haben es zwar nicht verursacht, aber sie versuchen es zu vertuschen, zu verdecken, aufzuschieben und nichts zu tun. Das ist katastrophal.

Die „Luxuspensionen“ werden nun beschränkt, und zwar mit einer Verfassungsbestimmung. Ist das der richtige Weg?

Mit Verfassungsbestimmungen in ein Pensionssystem einzugreifen, halte ich für unakzeptabel. Man hebt die Grundrechte aus. Noch dazu, wo es finanziell nichts bringt: Das sind zehn Millionen Euro, die man sich da erspart. Das ist lächerlich. Dass man atmosphärisch etwas tun will, verstehe ich. Aber man müsste auch die Frage stellen: Wie kam es dazu? Die Leute haben ja die Pensionen nicht gestohlen, sondern es hat andere gegeben, die das genehmigt haben. Diese Strukturen müsste man einmal aufbrechen. Mit dem Verfassungsgesetz einzugreifen ist ein Sündenfall. Es besteht die Gefahr, dass sich Schleusen öffnen, dass man, wenn man et-

was aus populistischen Gründen tun will, wieder zur Verfassungskeule greift und keine Schranken kennt. Mit Verfassungsgesetz kann man ja viel machen.

Eine Reichensteuer zum Beispiel.

Ja, man kann Pensionen auf die Hälfte reduzieren, Berechtigungen aberkennen, alles Mögliche. Man kann Leute aus dem Staatsdienst entfernen, Sozialversicherungen abschaffen. Da gibt es fast keine Grenzen.

Was halten Sie von der Idee, die Sterbehilfe auch im Verfassungsrang zu verbieten?

Gar nichts. Der Ruf, etwas in die Verfassung zu schreiben, ertönt sehr oft, wenn man ablenken will – vom Versagen im Übrigen.

Warum haben Politiker so wenig Respekt vor der Verfassung?

In der Zweiten Republik wurde das B-VG über 110-mal novelliert. Warum? Weil es ihnen wurscht ist. Die Politik hat keinen Respekt vor der Verfassung. Dieser war vielleicht früher, am Beginn der Zweiten Republik zu stark ausgeprägt. Bevor die SPÖ an die Alleinregierung gekommen ist, so sagt man, hat der Verfassungsdienst über die Zulässigkeit von Gesetzen entschieden und gesagt: „Herr Bundeskanzler, das ist verfassungswidrig“, und der Herr Bundeskanzler ist gegangen. Das war bei Kreisky nicht mehr so, da galt: „Dann ändern wir halt die Verfassung.“ Damit ist eine Bewegung in Gang gekommen. Oft wurde die Verfassung in einem Jahr drei- oder viermal nacheinander geändert, völlig konzeptlos.

Es fehlen in der Spitzenpolitik auch Köpfe wie etwa Heinrich Neisser, die in der Lage sind, das System zu überblicken. Heute geht es immer nur um Kurzfristiges: Wir müssen da was ändern.

Kann man in einer Partei heutzutage noch etwas werden, wenn man nicht kurzfristig denkt?

Offenbar immer weniger. Der Zustand der beiden Regierungsparteien ist zu bejammern.

Wer ist schuld? Die Parteien? Die Öffentlichkeit? Die Medien?

Schwer zu sagen. Ein Grund ist sicher, dass in den Parteien die stärksten Leute in der zweiten Reihe stehen, keine Verantwortung übernehmen und relativ schwache Personen vorschieben. Das ist bei der ÖVP ganz deutlich, und es ist bei der SPÖ auch so.

Pröll ist immerhin Landeshauptmann.

Aber er lässt sich nicht verantwortlich dafür machen, was Spindelegger auf seinen Zuruf hin tut. Die mächtigen Landespolitiker gehen nicht in die Bundespolitik. Vor der niederösterreichischen Landtagswahl wollte Pröll eine Erhöhung des Pendlerpauschales und hat es bekommen. Daraufhin hat Pühringer eine Med-Uni für Linz verlangt, die kein Mensch braucht. Hat er auch bekommen. Und so ist es weitergegangen.

Ist ein Grundproblem, dass die Landespolitiker mächtiger sind als die Bundespolitiker?

Sicher, das ist ein zentrales Problem.

Das wäre ein Punkt für eine Föderalismusreform.

Ja, nur: Gegen die mächtigsten Leute eine Reform zu machen, wodurch sich diese abschaffen oder entmachten, wird schwer. Ich glaube, dass ein winziger Punkt zur Hoffnung darin besteht, dass sich die Westachse über Parteigrenzen hinweg formiert. Sie hat erfasst, wohin der Zug fährt. Mal schauen, ob das auch nach der Vorarlberger Landtagswahl so ist.

Die Regierung will die Transparenz erhöhen. Nehmen Sie ihr das ab?

Nein. Ich kenne die Debatte seit mindestens 30 Jahren. Ich glaube nicht, dass das Gesetz das Problem ist, sondern die Handhabung. Man tut so, als wäre das Amtsgeheimnis

laut Verfassung jetzt die Regel, dabei ist bereits das Gegenteil der Fall.

Überzeugt Sie der Regierungsentwurf also nicht?

Nein, überhaupt nicht. Das ist ein Rückschritt. Zu den geltenden Kriterien, wann das Amtsgeheimnis gilt, sollen nun offenbar durch Bundes- und Landesgesetze noch zusätzliche Regelungen geschaffen werden können.

Wie sollte man die Novelle gestalten, damit sie ein Fortschritt wäre?

Da gibt es internationale Vorbilder wie Slowenien mit einem Informationsbeauftragten, der darüber entscheidet, was geheim bleibt und was nicht. Das muss ein Unabhängiger entscheiden.

Die Regierung sagt, man braucht keinen Informationsbeauftragten. Wenn die Behörde die Auskunft verweigert, könne der Bürger ja ohnedies zum Verwaltungsgericht gehen.

Ja, dann kriegt er in zwei Jahren ein Erkenntnis, dass er die Auskunft zu Unrecht nicht bekommen hat.

Hat die Regierung Angst vor Bürgern, die zu viel erfahren?

Ja, natürlich. Je mehr der Bürger weiß, umso schwieriger wird es zu mauscheln.

Zur Person: Heinz Mayer (67) ist seit 2006 Dekan der juristischen Fakultät der Universität Wien. Im Oktober übergibt er dieses Amt an Paul Oberhammer und geht in Pension. Mayer wurde in Mürzzuschlag geboren, maturierte in Mödling und studierte Jus an der Uni Wien. Der Verfassungsrechtswissenschaftler, der sich immer wieder zu aktuellen rechtlichen und politischen Themen äußert, war auch selbst schon als (parteiloser) Justizminister im Gespräch. Mayer bereut aber nach eigenen Angaben nicht, dass er dieses Amt nie angenommen hat. Der Jurist war auch in vielen Expertengruppen aktiv, etwa beim Österreich-Konvent, der Ideen für eine Staatsreform ausarbeitete. ("Die Presse", Print-Ausgabe, 23.06.2014) ■

*Auszug aus einem Artikel der Verbindungszeitung der Babenberger
Graz April/Mai 2013 von Mag. Thomas Kath (ÖCV)*

Europa als Lebensmodell

.....Die vermeintlichen „ÖVP-Rebellen“ von Nova EUropa sind es, die halt noch gelegentlich an das geltende Grundsatzprogramm der ÖVP erinnern – nicht nur explizit, wie es zuletzt Präsident Riegler in Salzburg deutlich tat, sondern vielmehr stets und widerkehrend implizit. Dabei wird nur Altbekanntes und Altbewährtes in Erinnerung gerufen. Riegler in Salzburg: „Die Marktfundamentalisten und Profitmaximierer übersehen, dass eine blühende Wirtschaft als Grundlage einen hohen allgemeinen Lebensstandard und eine breit gestreute Kaufkraft braucht.“ Und: „Der fundamentale Paradigmenwechsel vom Geist der Sozialen Marktwirtschaft Mitteleuropas zum kapitalistischen Denken im angloamerikanischen Raum ist durch folgen-

des Zitat besonders anschaulich illustriert: „Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für die Aktionäre“, formulierte Milton Friedman im Gegensatz zum Motto eines Ludwig Erhard: „Wohlstand für alle“ als Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

...Es ist unmöglich, Europa als eine Kopie der USA zu entwerfen. Das wäre auch in historischen Dimensionen Unfug. Die Vereinigten Staaten von Europa wird es daher nie geben. Letztlich ist der originär europäische Staatsentwurf die römische „res publica“. Nova EUropa plädiert daher dafür, den kerneuropäischen Bundesstaat als „Europäische Republik“ zu bezeichnen.

Die Frage ist, ob Österreich in seinem derzeitigen innenpoliti-

schen Zustand überhaupt einem solchen Projekt beitreten könnte: Und diese Frage wird man sich auch in Frankreich stellen, das traditionell wenig über Österreich Bescheid weiß, aber immerhin mitbekommen hat, dass es in diesem Land im Osten Europas eine panökumenische, obskure „heilige Schrift“ mit dem Titel „Kronenzeitung“ gibt und eine apokryph verehrte politische „Heiligengestalt“ namens Jörg Haider, und dass Adolf Hitler eigentlich gebürtiger Österreicher war. Und dass gleich dahinter Viktor Orbán wohnt, und Ungarn und Österreich historisch eh irgendwie auch zusammen gehören.

Kurz: ein bisschen Nazi, ein bisschen Balkan, gekonnt verpackt in elegantes Sacher- und Mozartkugeln-Papier. ...

Helmut Kohl, auch so ein

CDU-„Rebell“, der der amtierenden Kanzlerin auszurichten wagte, sie mache ihm sein Europa kaputt, sagte einmal: „Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte.“

Immerhin war ihm die Wiedervereinigung Deutschlands geglückt, und eine einstige Kulturreferentin der FDJ-Gruppe der Akademie der Wissenschaften der DDR kann heute deutsche Kanzlerin sein, anstatt in einem verarmten kommunistischen oder post-kommunistischen Land beamtete, theoretische Molekularphysik ohne funktionierende oder zeitgemäße technische Ausstattung zu betreiben, und in der zwangsläufig reichlichen Freizeit für den Winter im Plattenbau zu stricken, weil Moskau das Gas nur liefert, wenn es gut aufgelegt ist.

Geschichte und Chronik des Höhenstraßenlaufs

Der Lauf wurde 1949 vom damaligen Sektionsleiter Fußball Stefanovitsch und dem Sekretär des Reichsbund für Turnen und Sport Karl Reinelt gegründet. Die Idee zu diesem Lauf entstammte einer Diskussion, wer schneller die Höhenstrasse bewältigen würde: Die Fußballer oder die Leichtathleten? Zum ersten Lauf fanden sich schließlich 6 Teilnehmer vor der Kirche am Leopoldsberg ein. Die Streckenlänge betrug damals 15,5 km.

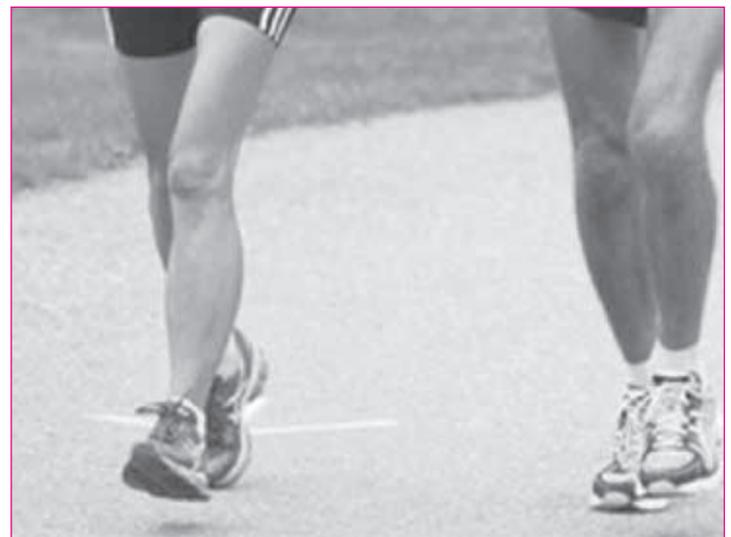
Aufgrund des positiven Echos (ausschließlich bei den Leichtathleten!) wurde der Lauf von Karl Reinelt dann jedes Jahr am ersten Samstag im Oktober fortgesetzt. Ein langjähriger Teilnehmer, Toni Kovar, hat mir über die Anfangsjahre folgende Teilnehmerzahlen mitgeteilt: 1955: 12 Teilnehmer, 1958: 15 Teilnehmer, 1961: 7 Teilnehmer, 1962: 8 Teilnehmer, 1969: 15 Teilnehmer, 1970: 50 Teilnehmer, 1959 und

1960 wurde die Strecke auf 16 km verlängert, aber dann eben wieder gekürzt. (Man wollte einen 10-Meilenlauf daraus machen). Einen allgemeinen Trend in der Leichtathletik folgend sind Frauen erst seit 1973 dabei. Vorher herrschte die allgemeine Meinung, dass man eine so schwierige Strecke den Frauen nicht zumuten könne. In diesem Jahr wurde die Organisation von Roland Herzog vom Leichtathletikverein SV-Marswiese übernommen und in der Folge dann von ihm und seiner Familie durchgeführt. In den 80er Jahren musste die Strecke aufgrund des enormen Verkehrsaufkommens im letzten Streckenabschnitt mehrmals geändert werden. In der heutigen Form sind es exakt vermessene 14,3 km.

Wer sich die Siegerlisten ansieht wird feststellen, dass fast alle Größen der Österreichischen Laufszene schon daran teilgenommen haben, man-

che sogar mehrmals. Es ist aber auch zusehen, dass der Lauf seit 1949 ohne Unterbrechung durchgeführt wurde. Damit ist er der älteste, kontinuierlich durchgeführte, Straßenlauf Österreichs, wahrscheinlich sogar Europas. Wer einen Blick auf den Streckenverlauf wirft,

oder wer gar schon mitgelaufen ist, wird feststellen, dass es einer der schönsten Straßenläufe Österreichs ist. Schon mancher Läufer soll beim Blick über Wien beispielsweise beim Cobenzl oder bei Häuserl am Rönan einige Minuten verloren haben. **R.H.**



Höhenstraßenlauf

RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

Wir gratulieren!

30. Geburtstag

Rainer Rossi

80. Geburtstag

Kurt Prachar

40 Jahre Seelsorger

in Tulln / NÖ

Rb-Präses Pfarrer
Anton Schwinner

Kardinal-Opilio-Rossi- Medaille der Arbeitsgem.

Kath. Verbände Österr.

Publizist und Redaktions-
leiter

Dr. Hans Winkler

60 Jahre Priester

em. Weihbischof
Dr. Helmut Krätzl

Silberhochzeit

Andrea und Michael Kosi-
cek

Rb-Gut Freund / Wien

400 Jahre Krankenhaus Barmherzige Brüder in Wien

Rb

Landesverband Wien

Sonntag, 9. November 2014 **Män-
nerwallfahrt nach Klosterneu-
burg**, „Geht ohne Furcht“, Reichs-
bündler Treffen sich um 14 Uhr in
Weidling bei den Reichsbund-Fah-
nen.

St. Thekla

16. und 30. September, 14. und
28. Oktober, 11. und 25. November
und 9. Dezember 2014 jeweils um
12 Uhr **Gruppenzusammenkünf-
te** im GH WALDVIERTLER HOF-
STUBEN, Wien 4, Wiedner
Hauptstr. 89 / Ecke Kriehbergasse.

Ottakring

Dienstag, 9. September 2014, 14.30
Uhr **Gruppenzusammenkunft**.

Donnerstag, 25. September 2014 Au-
tobusfahrt **Stift Zwettl**. Dienstag,
14. Oktober 2014, 14.30 Uhr **Grup-
penzusammenkunft**.

Donnerstag, 23. Oktober 2014 Be-
sichtigung **ORF-St.Pölten**. Sonn-
tag, 2. November 2014 **Allerseelen-
messe** in der Pfarr-Kirche Alt-Ot-
takring mit Präses Prälät Guttenbrun-
ner.

Dienstag, 11. November 2014, 14.30
Uhr **Gruppenzusammenkunft** mit
Neuwahlen des Vorstandes.

Donnerstag, 27. November 2014,
Traditionelles **Spanferkelessen** in
Michelstetten.

Alle Veranstaltungen im Pfarrsaal
Wien 16, J.-Kravarik-Gasse 1. Aus-

künfte / Anmeldungen bei Obmann
Karl Degen, Tel. (01) 416 57 03.

Döbling

Freitag, 10. Oktober 2014, 19 Uhr
„**Original Malat-Schrämmeln**“.
Sonntag, 2. November 2014, 18 Uhr
Gedenkmesse für verstorbene Mit-
glieder und Freunde in der Karme-
litenkirch 1190 Wien, Silbergasse.
Freitag, 7. November 2014, 19 Uhr
Jazzabend mit „**New Crazy Blue
Danube Steamboat Stompers**“.
Alle Veranstaltungen im Vereins-
haus 1190 Wien, Hohenauergasse
12.

Auskünfte: Obmann DI Gottfried
Jorthan, Tel. 0699 107977.

Gut Freund

Samstag, 27. September 2014 **Auto-
busfahrt** zur Ausstellung auf die
**Schallaburg „Jubel & Elend, Le-
ben mit dem großen Krieg – 1914
– 1918** Separate Aussendung folgt!
Anmeldungen bitte schon jetzt!
Voraussichtl. Teilnehmerpreis EURO
32,- pro Person (Fahrt, Eintritt, Füh-
rung, Mittagessen, Heurigenbesuch).
Montag, 29. September 2014,
18 Uhr **Gruppenzusammenkunft**
Filmprogramm.

Montag, 27. Oktober 2014, 18 Uhr
Herbstfest.

Sonntag, 26. Oktober 2014, 18.30
Uhr **Gedenkgottesdienst** für ver-
storbene Mitglieder und Freunde in
der Allerheiligenkirche mit Pfarrer
Prälät Fritz Koren, Wien 20, Vorgar-
tenstraße 56.

Montag, 24. November 2014,
18 Uhr „**Adventestimmung**“.

Montag, 15. Dezember 2014,
18 Uhr „**Weihnachten bei Gut
Freund**“ mit Bundespräses Prälät
Dr. Gerhard Schultes.

Alle Veranstaltungen im Vereins-
heim Wien 20, Ospelgasse 30. Jeden
Dienstag von 16 – ca. 20 Uhr
Klubabende im Vereinsheim, Wien
20, Ospelgasse 30.

Auskünfte und Anmeldungen: Erich
Sobotka Tel. 0664 737 548 33 oder
Maria Pelzl Tel. 332 37 31.

Tulln St. Severin

Sonntag, 7. September 2014, 9.30
Uhr Festgottesdienst aus Anlass
„**Pfarrer Anton Schwinner 40 Jah-
re Seelsorger in Tulln**“.

Donnerstag, 25. September 2014,
19.45 Uhr Lichtbildervortrag
„**Russland – 1000 Jahre Kultur**“,
Vortrag Ing. Erich Knapitsch.

Wir begrüßen
als neues Mitglied

Johanna Lohner
Tulln

Dienstag, 30. Oktober 2014, 19.45
Uhr „**Sicherheit im Straßenver-
kehr für Senioren**“, Vortrag der
Fahrschule Zimmer.

Donnerstag, 27. November 2014,
19.45 Uhr, **Adventestimmung**
mit Präses Pfarrer Anton Schwinner.
Donnerstag, 18. Dezember 2014,
18 Uhr **Lichtermesse**, anschlie-
ßend **Adventfeier Reichsbund
St. Severin**.

Alle Veranstaltungen im Pfarrzen-
trum St. Severin, 3430 Tulln, Anton
Brucknerstr.12. Anfragen: Bbr.
Heinz Gober, Tel. 0664 550 20 56.

Hollabrunn

Freitag, 18. Juli 2014 Musikal
„**Anatevka**“ in Mörbisch.

25. – 26. Juli 2014 Oper „**Rusalka**“
in Cesky Krumlov.

Freitag, 1. August 2014 Musical
„**West Side Story**“ in Staatz.

Freitag, 8. August 2014 Oper „**Ai-
da**“ in St. Margarethen.

Anmeldungen bei Bbr. Franz Ber-
ger, Tel. + Fax: 02952-4303.

Reichsbund Sport

Samstag, 4. Oktober 2014 **65. In-
ternat. Höhenstraßenlauf in**

In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!
Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den Fort-
bestand unserer Schriften-
reihe auch im
68. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung
danken wir im Voraus!

Bitte beachten Sie den
beiliegenden Zahlschein!

Wir dürfen in Erinnerung
bringen: Unsere Mitglieder-
Zeitung „**Reichsbund aktu-
ell mit Sport**“ erscheint
auch **im Internet**. Zur Zeit
stehen alle Ausgaben ab
2007 zur Verfügung.

www.amateurfussball.at

es erscheint eine Reichs-
bundseite, in der Kopfleiste
Rubrik **Bundesleitung** an-
klicken, es erscheint eine Be-
grüßungsseite, am rechten
Bildschirmrand die jeweils
gewünschte Ausgabe von
„RB-aktuell“ auswählen.

Wien. 14 Uhr Start am Leopolds-
berg / Fischerhütte, Streckenlänge
14,3 km, ca. 16 Uhr Siegerehrung
im Sportzentrum Marswiese in
1190 Wien, Neuwaldegg. Abholung
der Startnummern und Lauf-Funk-
tionsshirt 10 – 12.30 Uhr auf der
Marswiese.

Reichsbund-aktuell mit Sport.
– Herausgeber, Medieninhaber
(Verleger) und Hersteller:
Reichsbund, Bewegung für
christliche Gesellschaftspolitik
und Sport, 1080 Wien, Laudon-
gasse 16, Tel. 06642336023. –
Herstellungsort: Wien. Offenle-
gung nach § 25 Mediengesetz:
Grundsätzliche publizistische
Richtung des Reichsbundes: In-
formation und Schulung unserer
Mitglieder im Sinne der christ-
lichen Weltanschauung und För-
derung der Jugend durch Sport.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge müssen nicht der Mei-
nung des Herausgebers entspre-
chen. Redaktion: Mag. Franz
Karl, Walter Raming (Politik
und Wirtschaft), Franz Lugmay-
er (Kultur), Rudolf Taborsky,
Michael Kosicek (RB-intern,
Sport, Layout, Fotos). Es gilt
die Anzeigenpreisliste 9 vom
1. Jänner 1993.

Bankverbindung: Raiffeisen-
landesbank NÖ-Wien,
Reichsbund, IBAN:
AT 573200000000086454

Unsere Toten

Dr. Heinrich Fasching
em. Weihbischof
St.Pölten
Josef Hrudka
Wien

Universitätsprofessor
DDr. Floridus Röhrig
Augustiner-Chorherr
Klosterneuburg

Hilda Schneider
Tulln

Linda Schmied
Obfrau Rb-St. Thekla
Wien

Rudolf Stropnik
Wien

SCHÖNE NEUE WELT ?!

Immer schneller, immer billiger – das Internet macht es möglich.

Handys, Kleidung, Laptops, Wein, Büroartikel, Lebensmittel, Medikamente, Beratungen usw. fast alles lässt sich über das Internet einkaufen. Elektronische Bestellung rund um die Uhr und Lieferung



per Post oder Zustelldienst. Was auf's Erste wie ein Segen aussieht, ist aber mit einer völlig neuen Struktur für uns Menschen, aber vor allem

WALTER ZWIAUER

für den Arbeitsmarkt verbunden. Was steckt dahinter? Es geht mir nicht um die totale Überwachung, sondern um die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In den Branchen rund um den Handel arbeiten sehr viele Menschen zu Arbeitsbedingungen, die meist nicht zumutbar sind. Besonders arg betroffen sind unter anderem die diversen Zusteller der Produktbestellungen. Denn ein Grossteil der gelieferten Ware wird wieder retourniert! So ein Paketzusteller bleibt mit ca 6 Euro Stundenlohn auf der Strecke. Die Art der „kostenlosen“ Leistung ist nur ein kleines Glied in der Kette. Die Logistikkonzerne machen satte Umsätze. Allein GLS erzielte europaweit 2011 einen Umsatz von 1,75 Milliarden Euro, die Tendenz ist steigend. Der Gewinn stieg sogar um 10 Prozent auf 145 Millionen Euro. Mit diesem Dumpingsystem von GLS, Hermes, etc wächst der Druck auf die Österreichische Post, wo es noch größtenteils erträgliche Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Entlohnung gibt.

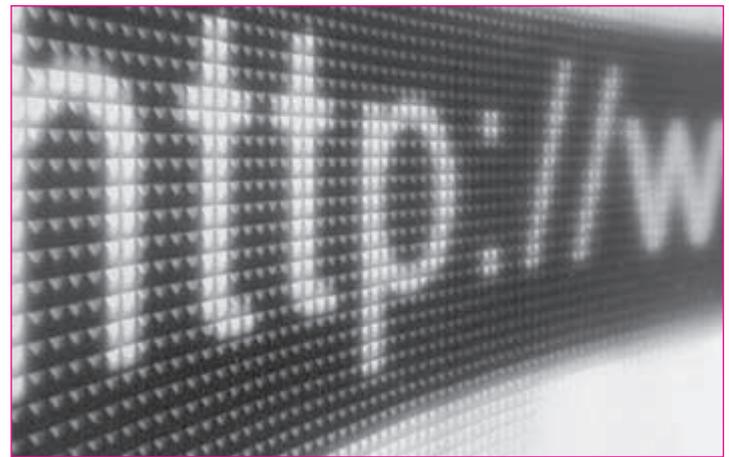
Die derzeitigen Arbeitslosenzahlen hätten vor Jahren einen wüsten politischen Sturm ausgelöst. Zuerst wurden Produktionsstätten ins Ausland ausgelagert und in den letzten Jahren sind fast alle Branchen direkt und indirekt daran beteiligt. Durch die Produktion in fernen Ländern ist der Transport ein ganz wichtiger Faktor geworden – billig produzieren und noch billiger liefern! Ist die Politik schuld an dieser Situation? Ich denke, wir als Verbraucher sind mit schuld an der derzeitigen prekären Situation.

Um das künftig zu verhindern, wird nicht nur ein völliges Umdenken ausreichen, sondern aktives neu gestalten notwendig sein. Wir verschließen die Augen vor der Situation der billigen Paketzustellung und der Arbeitssituation in fernen Ländern. Wichtig erscheint uns nur, dass der Artikel mehr als leistbar ist. Ob wir ihn wirklich brauchen, oder uns nur leisten bzw. ihn nur besitzen wollen, hinterfragen wir gar nicht. Am Ende der Ausbeuterei zahlt die Gesellschaft drauf. Die unterbezahlten Fahrer steuern zielgenau in die Altersarmut. Wie verblendet ist da eigentlich die Politik, die das zulässt? Die Menschen in anderen Kontinenten benötigen auch Arbeit und Produktivität und für Ihre Produkte einen Verbraucher, aber der Transport belastet die Umwelt enorm. Wenn schon Produkte transportiert werden, so ist ein fairer Preis zu kalkulieren und in Kauf zu nehmen. Auch der Umwelt werden durch dieses abstruse System, enorme Schäden zugefügt.

Diese Schäden werden uns irgendwann enorme Kosten bereiten, ja sogar lebensbedrohende Zustände verursachen. Es wird an jedem einzelnen Konsumenten liegen, das System sozial zu gestalten. Mir ist bewusst, dass in der EU sehr viel geregelt ist, aber mit welchem Ziel? Vielleicht zu viel geregelt oder das Falsche? In einer anderen Branche wie z.B. in Callcentern herrschen ähnliche Zustände. Die neue Wachstumsbranche wächst rasch und gigantisch, Insider nennen sie die neuen Bergwerke, weil man die Arbeiter/innen nicht sieht. Da wird im Verborgenen irgendwo in einem Callcenter oder vom „Heimbeitsplatz“ telefoniert. Die Arbeitsbedingungen sind dementsprechend schlecht. Es ist sicher schon jeden von uns einige Male passiert, dass ein Unbekannter anruft und seine Ware verkaufen möchte. Die Angebote reichen von Lotterielosen, Zeitschriftenabonnements, Nahrungsmittel oder Reisen bis zu Hedgefonds. Was sie auch immer verkaufen wollen, meist ist es überteuert, von minderer Qualität, oder sogar wertlos. Fast immer ist der Angerufene der Betrogene. Es gibt weit über eine Million geschätzte Anrufe täglich im

deutschsprachigen Raum. Brancheninsider sprechen sogar von 30 Millionen „Kontakten“ täglich. In fast allen Fällen fühlen sich die Angerufenen belästigt. Mit Headsets sitzen die so genannten „Callcenter-Agents“ wie in einer Hühnerlegebatterie und arbeiten nach nur kurzer Einschulung in Grossraumbüro unter schlechten Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsplätze selbst sind tech-

eine Frage: Wissen Sie, wie viele Sklaven für Sie arbeiten? Smartphones, Kleidung, Möbel und viele Dinge des täglichen Lebens werden ganz oder teilweise von unfreien Menschen hergestellt. Die GPA-djp machte vor Monaten eine Umfrage unter den 2400 Mitarbeitern vom Media Markt-Konzern über ihre Arbeitsbedingungen. Als größtes Problemfeld kristallisierte sich die Arbeitszeit



nisch gut ausgestattet, Flachbildschirm mit bester Software, auf dem Bildschirm erscheinen gezielte Daten von dem Angerufenen. Die Adressen von den verschiedensten Kanälen wie zum Beispiel von Gewinnspielen oder Reiseangeboten. Diese Art der Tätigkeit treibt so manchen „modernen Telefonisten“ buchstäblich in den Wahnsinn, weil er sich durch die Art der Tätigkeit schuldig fühlt. Sie landen letztendlich mit den verschiedensten Symptomen beim Arzt oder gar im Spital. Kann man hier von einer „schönen neuen Welt reden“? Es gibt in Anbetracht des Geschilderten einiges neu zu überdenken und noch viel mehr zu tun. Zum Abschluss stelle ich UNS noch

heraus: Mit 32 Prozent gibt immerhin ein Drittel der Befragten an, dass die vereinbarte Arbeitszeit nicht eingehalten wird. Bei 26 Prozent der Beschäftigten werden demnach die Wochenstunden willkürlich hinauf- und hinuntergesetzt. 65 Prozent der Beschäftigten müssen Schulungen und Weiterbildungen in ihrer Freizeit absolvieren.

Weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten, 62 Prozent, bekommen Vor- und Nacharbeiten außerhalb der Öffnungszeiten nicht bezahlt, wie das der Kollektivvertrag vorschreibt. - Denn „immer schneller und billiger, aber wir sind früher dort, in der SCHÖNEN NEUEN WELT“. Das meint euer Walter ■